

Grüne Einblicke:



Bezirkspolitik Berlin-Mitte

:berlingrün
www.berlingruen.de



Kommunalpolitik inmitten der Hauptstadt

Berlin-Mitte:
Bundestag, Kanzleramt, Botschaften,
Ministerien, Landesregierung, Unterneh-
menssitze, Museumsinsel, Fanmeile ...
Ist hier überhaupt Platz für Bezirkspolitik?
Aber sicher!

In Berlin Mitte leben 320.000 Menschen. Alle haben Anspruch auf gute Kitas, funktionierende Schulen, ansprechende Bibliotheken, gepflegte Grünanlagen, intakte Bürgersteige und Straßen, ein engagiertes und effektives Jobcenter, ausreichende Integrationshilfen, kurz gesagt: eine bürgerInnenfreundliche Verwaltung. Und alle haben Anspruch auf eine transparente und engagierte politische Interessenvertretung.

Das wollen alle Parteien. Und doch haben die ersten fünf Jahre im neuen Großbezirk Mitte gezeigt: Grün macht den Unterschied. Bei der Arbeit des Jobcenters. In der Stadtplanung. Bei Verkehrssicherheit und Lärm. Beim Energiesparen. Beim Naturschutz. Bei kulturellen Angeboten in allen Ortsteilen des Bezirks. Bei der BürgerInnenbeteiligung und beim Mieterschutz. Immer haben wir versucht, uns für die Belange aller Menschen in Mitte einzusetzen. Und nicht nur für lautstarke Interessensgruppen. Dabei fühlen wir uns insbesondere den Menschen verpflich-



tet, die sich nicht die „Sonnenseite“ des Lebens erkaufen können.

Beispiele grüner Kommunalpolitik haben wir auf den nachfolgenden Seiten zusammengestellt. Sie werden sehen: Einiges haben wir erreicht. Vieles haben wir angeschoben. Weitere Aufgaben stehen noch vor uns.

Grund genug mit neuem Elan und einem starken Team den Problemen weiter auf den Pelz zu rücken und noch mehr grüne Konzepte und Ideen durchzusetzen. In Ihrem Auftrag und mit Ihrer Stimme! Denn Grün macht den Unterschied. Erst recht in der Bezirkspolitik inmitten der Hauptstadt.

Ihre bündnisgrüne BVV-Fraktion

Ein Erklärungsversuch!

Was ist eine BVV?

Bei dieser Frage werden wohl viele mit den Schultern zucken. Eigentlich schade, denn sie ist das wichtigste Instrument zur Teilhabe an bezirkspolitischen Entscheidungsprozessen.

Eine **Bezirksverordnetenversammlung** (BVV) ist ein „Bezirksparlament“. Was der Bundestag für die Bundesrepublik und das Abgeordnetenhaus für das Land Berlin ist, das ist die BVV für die Bezirke von Berlin.

Wie wird die BVV gewählt?

BVV-Wahlen sind an die Wahlen zum Abgeordnetenhaus gebunden. Gewählt werden KandidatInnenlisten einer Partei. Entsprechend ihres Wahlergebnisses erhalten die Parteien dann Sitze in der BVV. Eine Wahlperiode dauert fünf Jahre, falls sich das Abgeordnetenhaus nicht früher auflöst.

Wie setzt sich eine BVV zusammen?

Eine BVV besteht aus 55 Bezirksverordneten und eine Fraktion aus mindestens drei Bezirksverordneten der gleichen Partei oder Wählergemeinschaft.

Spannend wird es, wenn ein Fraktionsmitglied seine Fraktion verlässt. Es ergeben sich drei Möglichkeiten:

1. Ausscheiden aus der BVV; für die Fraktion kommt ein Nachrücker in die BVV
2. Weiterarbeit als EinzelverordneteR ohne Fraktionszugehörigkeit
3. Fraktionswechsel, wodurch sich neue Mehrheiten in der BVV ergeben können.

Was sind die Aufgaben der BVV?

Die BVV macht keine „Weltpolitik“, auch wenn der eine oder andere Redebeitrag in den Sitzungen dies vermuten lässt. Funktionsweise und Aufgaben der BVV sind im Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) festgelegt:

1. *Verwaltung kontrollieren*

Dem Bezirksamt und der Verwaltung wird auf die Finger geschaut und gegebenenfalls auch „geklopft“.

2. *Verwaltungshandeln anregen*

Ideen und Anträgen werden in die BVV eingebracht. Findet ein Antrag eine Mehrheit erfolgt ein BVV- Beschluss, und das Bezirksamt hat entsprechend zu handeln. Wenn das Bezirksamt einen BVV-Beschluss nicht umsetzt, muss es eine schriftlich Begründung abgeben.

3. *Bezirksamtsbeschlüsse aufheben und ersetzen*

Fasst das Bezirksamt Beschlüsse, die dem Willen der BVV widersprechen, kann die BVV diese Beschlüsse aufheben und durch andere Beschlüsse ersetzen.

BVV und Bezirksamt!

Die BVV wählt den/die BürgermeisterIn und fünf weitere StadträtInnen für das Bezirksamt. Bei der BürgermeisterIn-Wahl können die Parteien Koalitionen schließen. Darum stellt die stärkste Fraktion nicht immer den/die BürgermeisterIn. Das Bezirksamt legt seine interne Ressortzuständigkeit selbständig fest.

Mitte in Zahlen (2004)

Fläche: 3.947 ha
Grünflächenanteil: 22,4 % (885 ha)
Wasserflächenanteil: 3,5 % (140 ha)
Einwohner: 320.800
Einwohner je ha: 81
Frauenanteil: 49,2 %
Ausländeranteil: 27,7 %
Schüler: 9,5 %
Wohnungen: 190.000 (ohne Wohnheime)

Kitas: 232
Kitaplätze: 16.080
Mittleres monatliches Haushaltsnettoeinkommen: 1.275 EUR
Beschäftigte des Bezirksamts: 5.251
Bezirksverordnete in der BVV-Mitte
SPD: 17; CDU: 14; Bündnis 90/Die Grünen: 9;
PDS: 9; FDP: 5; Einzelverordnete: 1

Quellen: b030 - Das Berlinverzeichnis
www.berlin-mitte.de

Wie arbeitet die BVV?

Die BVV beschließt eine Geschäftsordnung (GO), in der die politische Alltagsarbeit geregelt ist. Die Bezirksverordneten können Anfragen stellen, um Sachverhalte zu thematisieren, und sie können Anträge stellen und Beschlüsse fassen, die dem Bezirkssamt Handlungsempfehlungen geben.

Die BVV tagt zumeist einmal im Monat. Da nicht alle Fachfragen in großer Runde zu klären sind, erfolgt die inhaltliche Diskussion in den Fachausschüssen, die anteilig mit Mitgliedern aller Fraktionen besetzt sind. Die Ausschüsse tagen ebenfalls zumeist monatlich und öffentlich.

Wie können BürgerInnen mitmachen?

In vielen Fachausschüssen besteht die Möglichkeit, als **Bürgerdeputierte (BüDeps)** mitzuarbeiten. BüDeps sind sachkundige BürgerInnen, die unabhängig von einer Parteizugehörigkeit von den Fraktionen vorgeschlagen

und von der BVV gewählt werden. BüDeps sind Ausschussmitglieder mit Rede- und Stimmrecht.

Um als BürgerIn ein Anliegen in der BVV öffentlich anzusprechen, kann die **BürgerInnen-Fragestunde** der BVV genutzt werden.

Und seit 2005 gibt es **BürgerInnen-Begehren und BürgerInnen-Entscheide**, um das Bezirksamt dazu zu bringen, sich mit einem Anliegen auseinander zu setzen. Zurzeit läuft das von den Bündnisgrünen initiierte und von der überparteilichen Initiative PRO SOMMERBAD POSTSTADION getragene BürgerInnen-Begehren zur Wiedereröffnung des Sommerbades im Poststadion.

Noch Fragen?

Haben Sie noch weitere Fragen? Rufen Sie uns einfach an oder kommen Sie persönlich vorbei. Dann erklären wir Ihnen den rechtlichen und organisatorischen Rahmen der Bezirkspolitik gerne noch detaillierter.

Fünf Jahre Stadtentwicklung in Mitte

Ein Rück- und Ausblick von Dorothee Dubrau

Bündnisgrüne Stadträtin für Stadtentwicklung in Mitte

Fünf Jahre sind seit der Bezirksfusion vergangen. Es hat sich zusammengeschuckelt. Ist ein Stück zusammengewachsen. Wir sind Mitte.

Das Herz schlägt nach wie vor in den Kiezen. Und diese könnten verschiedener als in Mitte gar nicht sein. Da sind das Regierungsviertel mit den neuen, hochtechnisierten Gebäuden und den großzügigen Grünanlagen und die Investorenbereiche der Friedrichsstadt und des Potsdamer Platzes auf der einen Seite, die dicht bebauten Wohngebiete mit den knapp bemessenen Spiel- und Sportflächen auf der anderen. Aber hier pulsiert das Leben der Großstadt. Hier wird gewohnt, gearbeitet, hier gibt es Schulen, Kindergärten, Galerien, Theater und viele Kneipen.

Nicht überall ist trotz sanierter Häuser und verkehrsberuhigter Straßen die Welt in Ordnung. Es fehlt an Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeit. Nachbarschaften haben Probleme, Verwahrlosungen sind zu beobachten. Eines der wichtigsten Themen der Abteilung Stadtentwicklung in den letzten Jahren war der Auf- und Ausbau des **Quartiersmanagements** unter bezirklicher Leitung.

Es ist dringend notwendig, dass die Politik die Probleme dieser Gebiete mit einem hohen Anteil nichtdeutscher Bevölkerung erkennt, finanzielle Prioritäten setzt und Rahmenbedingungen für verbesserte Bildungs- und Arbeitsangebote schafft. Ziel muss es sein, dass bürgerschaftliche

Engagement zu stärken und die Selbstheilungskräfte der Kieze zu aktivieren.

Ein weiterer Schwerpunkt waren die **Sanierungs- und Milieuschutzgebiete**. Die Sanierung der Wohnhäuser und der Infrastruktur sowie der Erhalt bezahlbarer Wohnungen stand im Vordergrund. Durch die Akquise von Fördermitteln ist es gelungen, Schulen und Kitas zu sanieren, neue Grünanlagen zu gestalten, Straßen zu reparieren, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen umzusetzen und **bezahlbaren Wohnraum** zu erhalten.

Dass das **Leben in der Innenstadt** nicht nur für Singles sondern auch für Familien mit Kinder interessant ist, kann man an den steigenden Einwohnerzahlen sehen. Ein bisschen stolz bin ich darauf, dass in Alt-Mitte entgegen dem allgemeinen Trend ein jährlicher Einwohnerzuwachs von 4% zu verzeichnen ist, in der Rosenthaler Vorstadt sogar von 8%. Das zeigt, dass die ganzheitliche Strategie der Entwicklung einer qualitätvollen europäischen Innenstadt mit ihren vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten und kurzen Wegen sowie einem breiten Angebot an öffentlichem Nahverkehr und minimiertem Individualverkehr von den Menschen angenommen wird.

Für die Zukunft gilt es diese Erfolge zu sichern und auszubauen. Dazu sind unter anderem Bebauungspläne in Bearbeitung, die das Nebeneinander von BewohnerInnen und Touristen, Knei-

pen, Galerien und Kindergärten gestalten sollen. Und der Erfolg dieser Gebiete liegt genau in der **guten Mischung**.

Trotz geringer bezirklicher Mittel ist in den letzten Jahren viel gebaut worden. Finanzielle Fördermittel, Ausgleichsgelder privater Investoren und Spenden konnten wir für öffentliche Grünanlagen in enger Abstimmung mit den BewohnerInnen einsetzen. Maßnahmen im Großen Tiergarten und im Hansaviertel verbessern die Nutzungsmöglichkeiten und schaffen einen Ausgleich der unterschiedlichen Ansprüchen von Naturschutz und Gartendenkmalpflege. Der Pankegrünzug konnte als durchgängige Grünverbindung vom Zentrum bis nach Brandenburg in großen Teilen neugestaltet werden. Der Luisenstädtische Kanal und das Engelbecken werden nach intensiver BürgerInnenbeteiligung in Anlehnung an historische Pläne wiederhergestellt. Der lange geplante Sprengelpark wird gebaut. Öffentlich umstrittene Anlagen wie der Tilla-Durieux-Park sind ebenso entstanden wie der Geschichtspark. **Eine Vielzahl von sanierten und neugebauten Spielplätzen sichern Freiraum und Erholung in unserem Bezirk.**

Aber auch durch private Investoren wird in unverminderter Intensität ge-

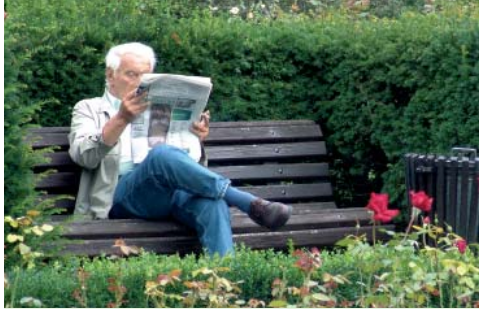


baut. Milliardeninvestitionen sind erfolgt. Denkmalgeschützte Ensembles werden instandgesetzt und mit neuen Nutzungen belebt. Wohnungen saniert und neugebaut. Der Markt ist schwieriger geworden als er Anfang der 90er Jahre war. Trotzdem war es immer **mein Bestreben bei allen Bauvorhaben auf Nutzungsmischung, hohe gestalterische Qualität und Nachhaltigkeit zu achten.**

Noch immer gibt es viele Brachen in Mitte. Die Aufgabe wird sein, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen auch hier eine geordnete Entwicklung vorzubereiten. Es geht nicht um die Schaffung neuer leerstehender Bürogebäude, sondern um die Ansiedlung von Firmen und Forschungseinrichtungen, die Integration von Freiräumen.

Eines der wichtigen Themen ist das Wohnen in der Innenstadt. Ein breites Angebot für alle Bevölkerungsschichten verbunden mit der notwendigen Infrastruktur muss auch weiterhin im Vordergrund stehen. Eine große Zukunftsaufgabe.

Das Alter als positiven Lebensabschnitt erleben



„Nimm die Erfahrung und die Urteilskraft der Menschen über 50 heraus aus der Welt, und es wird nicht genug übrig bleiben, um ihren Bestand zu sichern“, so Henry Ford zum Alter. Marcuse war der Überzeugung, dass man den Wert eines Staates daran erkennt, wie er sich zu seinen Schwachen, Alten und Kranken verhält. Doch was sagt unsere Gesellschaft dazu, was lässt sie alles zu?

Beispiel Föderalismusreform: Künftig kann jedes Bundesland nach Kassenlage und Lobbyistendruck eigene Strukturen und Verfahren in der Kinder- und Jugendpolitik sowie in der Heimgesetzgebung festlegen. Baden-Württemberg hat signalisiert, dass sie die Quote der qualifizierten Pflegekräfte in den Pflegeheimen von 50% auf 30% senken wird. Bündnis 90/Die Grünen nehmen eine

solche SeniorenInnenpolitik nicht hin!

Auf unsere Initiative hat die BVV-Mitte das Bezirksamt aufgefordert, mit Freien Trägern der SeniorInnen-Arbeit, der SeniorInnen-Vertretung und dem zuständigen Fachausschuss ein Konzept für eine flächendeckende SeniorInnen-Arbeit zu erstellen. Sowohl Konzept als auch Leitlinien sollen dabei nicht nur in den Bereichen Gesundheit und Soziales, sondern in allen Abteilungen des Bezirksamtes zu einer Grundlage des Verwaltungshandelns gemacht werden.

Ein auf unseren Antrag gegründeter Arbeitskreis hat Leitlinien der Politik für Ältere erarbeitet, unter dem Motto: Potentiale des Alters erkennen, nutzen und stärken! Defizite des Alters anerkennen, Hilfen und Unterstützung bereitstellen. Und es gibt jetzt einen Runden Tisch zur Situation in den Pflegeheimen.

Ältere spüren einen Klimawechsel zwischen den Generationen und der Anstieg an Suizidversuchen oder vollendeten Suiziden bei älteren Menschen ist ein schreckliches Alarmzeichen. Wenn in den Köpfen der Menschen das Alter zur Last wird und Gesellschaft und Politik Angst vor dem Altern vermitteln, dann ist das eine Bankrotterklärung für die gesamte Gesellschaft.

Wir wollen ein solidarisches Miteinander, das Akzeptieren der unterschiedlichen Bedürfnisse und das gegenseitige Respektieren von Jung und Alt. Denn wie erkannte schon Friedrich Schiller: „Der Mensch bedarf des Menschen sehr.“

Mein Freund, der Baum

24.000 Straßenbäume gibt es in Mitte. Alle 14 Straßenmeter kommt ein Baum. Viele Grünflächen sind von Bäumen geprägt. Trotz so vieler Bäume, jeder Verlust schmerzt. Wenn die Säge kreischt, wird von betroffenen BürgerInnen schnell und empört zum Telefon gegriffen und Aufklärung verlangt, wie bei keinem anderen Thema.

Bündnis 90/Die Grünen haben deshalb eine bessere Information der BürgerInnen über anstehende Baumfällungen durchgesetzt. Sie können sich jetzt vor Ort per Info-Blatt oder über das Internet informieren. Bei umfangreichen Fällungen ist ein Ortstermin üblich geworden, bei dem der Baumexperte des Bezirksamts Schäden am Baum erläutert.

Für die neue Straßenbahn in der Bernauer Straße mussten alle Bäume weichen, ob kränklich oder vital. Für uns Bündnisgrüne war das ein Schock. Aber wir haben erkannt, dass Baumpflege auch eine Zukunftsaufgabe ist. Neupflanzungen sind manchmal sinnvoll, damit spätere Generationen auch schöne Bäume vorfinden.

Schwieriger ist zu begreifen, warum sich Denkmal- und Baumschutz oft schlecht vertragen. Bei der Wiederherstellung des Rosa-Luxemburg-Platzes wurden viele



Bäume gefällt. Einige weil sie Sichtachse behinderten, ohne deren Wiederherstellung keine Denkmalschutzgelder zur Verfügung gestellt worden wären. Jetzt verstellen Kneipenschirme diese Achse. Und wir fragen uns, ob wir den Umbau des Platzes zu Recht unterstützt haben.

Die Baumschutzverordnung für Berlin wurde vom Senat deutlich gelockert. Wenn ein Baum verschattet, darf er jetzt gefällt werden, egal ob er im kargen Hinterhof oder direkt vorm Haus steht. Nadelbäume stehen nicht mehr unter Schutz mit Ausnahme eines heimischen Nadelbaums, der Märkischen Kiefer. Und wer auf seinem Grundstück bauen will, darf ohnehin alle Bäume fällen, die ihm im Weg sind.

Bündnis 90/Die Grünen achten darauf, ob Baumfällungen wirklich unvermeidlich sind. Und ob die Menschen darüber rechtzeitig, vollständig und verständlich informiert werden. Denn Bäume können ohne uns leben, wir aber nicht ohne sie.

Sind Akten wichtiger als Menschen?



Der Berliner Tafel e.V. sammelt seit 1993 Lebensmittel, die von Hotels und Restaurants gespendet wurden, und gibt sie an soziale und karitative Einrichtungen weiter. Doch die Berliner Tafel hat ein Problem: Ihre „Geschäftsräume“ erhält sie vom Senat immer nur für eine kurze Zeit zur Zwischennutzung. Sie benötigt aber dringend eine dauerhafte Unterbringung in zentral gelegenen Räumen mit Kühlmöglichkeiten.

Auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen hat daher die BVV-Mitte das Bezirksamt aufgefordert, gemeinsam mit dem Senat der Berliner Tafel e.V. eines der vielen leerstehenden Gebäude auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhauses

Moabit kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Hervorragend geeignet erschien uns und der Berliner Tafel e.V. das Haus R, die ehemalige Wäscherei. Doch der Senat bestand darauf, das Haus umzubauen und dort Akten des Landesamtes für Gesundheit und Soziales einzulagern, trotz anderer geeigneter Räume.

In Sonntagsreden wird die Berliner Tafel e.V. für ihre gemeinnützige und ehrenamtliche Arbeit gepriesen. Doch auf höchster politischer Ebene ist niemand bereit, ihre Existenz abzusichern.

Durch unsere Hartnäckigkeit und mit Unterstützung unserer Abgeordnetenhausfraktion haben wir zumindest erreicht, dass das Abgeordnetenhaus den Senat aufgefordert hat, endlich für die Berliner Tafel e.V. adäquate Räumlichkeiten zu suchen.

Die Politik darf einer so wichtigen sozialen Initiative wie der Berliner Tafel e.V. nicht länger die kalte Schulter zeigen. Mit ihrer Arbeit leistet sie unverzichtbare Hilfe für bedürftige Menschen dieser Stadt. Eine Aufgabe die der Berliner Senat nicht leisten will und kann.

Ein wichtiges Ziel grüner Kommunal- und Landespolitik ist es, für die Berliner Tafel e.V. einen dauerhaften Standort zu finden und ihre Existenz abzusichern.

Kein Buch mit sieben Siegeln

Bibliotheken sind Orte, wo Menschen eigeninitiativ Wissen erwerben können, das sie für ihren Beruf oder ihre Integration brauchen. Sie sind Orte, an denen Multimedia-Computer Zugang zu Informationstechnologien schaffen und wo bei Kindern Neugier und Leselust geweckt wird. Selbstverständlich stellt jede Bibliothek verschiedene Bücher vom Bestseller bis zum Gartenbuch und Freizeitführer zur Ausleihe bereit. Mittes Bibliotheken haben mehr als 2,4 Millionen Ausleihen pro Jahr und liegen damit berlinweit an der Spitze.

Und ist das in der heutigen Zeit noch zu leisten, vor allem angesichts steigender Kosten und sinkender Medienetats? Damit der Bezirk Mitte die Qualität seiner leistungsstarken und beliebten Bibliotheken halten kann, bedarf es neuer Ideen.

Herausforderungen in der Zukunft werden mit dem Konzept der kieznahen und dezentralen Bibliothek nicht zu bewältigen sein. Solche Bibliotheken verursachen hohe Gebäudekosten und brauchen viel Personal für wenige Angebote und Nachfragen. Es gilt Bibliotheken zu Schwerpunkt- und Bezirkszentralbibliotheken auszubauen. Dafür bieten sich Bibliotheken an, die besonders verkehrsgünstig



gelegenen sind und attraktive Angebote an aktuellen Medien, moderner Technik, Software und Musik bereithalten.

Für die Leseförderung und die flächendeckende Versorgung mit Medien soll es Bücherbusse geben, die regelmäßig vor allen Grundschulen des Bezirks stehen und in denen nicht vorrätige Medien bestellt werden können.

Das sind die wesentlichen Vorhaben des Bibliotheksentwicklungsplanes, der von uns initiiert wurde. Mit dem Umzug der Schillerbibliothek in den BVV-Saal des Rathauses Wedding wird noch in diesem Jahr ein erster Schritt hin zu einer verkehrsgünstig gelegenen Bibliothek mit mehr Fläche für die Medien gemacht.

Entwicklungen kritisch zu begleiten und auszugestalten, wird unsere Aufgabe in der nächsten Wahlperiode sein. Bündnis 90/Die Grünen wollen allen Menschen ermöglichen, die Vielfalt von Wissen in vollen Zügen zu genießen. Darum kämpfen wir für starke Bibliotheken.

Suchthilfe - A Never Ending Story



Seit Februar 2004 gibt es den Drogenkonsumraum im Haus Birkenstraße 51, der von BOA e.V. betrieben wird. Neben einem Drogenkonsumbereich besitzt er einen attraktiven Beratungsbereich. Junkies können sich hier duschen, Wäsche waschen, essen, werden medizinisch versorgt und können sich über Ausstiegshilfen beraten lassen. Die Verbindung der Hilfeangebote bewirkt, dass auch solche Menschen in die „Birkenstube“ kommen, die durch die bisherigen Angebote nicht erreicht oder beraten werden konnten.

Die anfänglichen massiven und von der CDU geschürten Sorgen und Ängste Gewerbetreibender und AnwohnerInnen sind inzwischen verschwunden. Die Zusammenarbeit zwischen der „Birkenstube“, der Polizei und dem Bezirksamt

läuft reibungslos. Die Kriminalitätsrate ist nicht angestiegen und im Wohnumfeld finden sich keine gebrauchten Spritzen.

Sorgen und Ängste gibt es trotzdem im Bezirk: Seit Jahren wird der Weinbergspark von Drogendealern missbraucht. Die AnwohnerInnen wollen sich das nicht gefallen lassen und haben sich zu einem Förderverein zusammengeschlossen. Der Präventionsrat des Bezirks, die Bezirkspolitik und die Polizei müssen zusammenarbeiten. Die geplante Umgestaltung muss zu einem dealerfreien Park führen. Eine bessere Beleuchtung und das Ausdünnen der Gebüsche sollen das Dealen unmöglich machen. Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die genervten AnwohnerInnen. Trotzdem soll der Park eine grüne Oase bleiben. Die von einigen geforderte Kameraüberwachung des Parks ist selbst nach Aussage der Polizei wenig hilfreich.

Wir wollen die Drogenkriminalität nicht nur aus Parks verdrängen, sondern überall verhindern. Um das zu erreichen, müssen die politisch Verantwortlichen endlich ihre pawlowsche Reflexhaltung ablegen, über ihren Schatten springen und die kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige erlauben.

Drogendealer sollen nichts mehr verdienen. Dafür und für die Stärkung der Suchtprävention werden wir Bündnisgrüne uns weiterhin einsetzen. Zum Schutz der AnwohnerInnen, aber auch der Suchtkranken.

Von Raumschiffen und Markthallen

Es gibt immer mehr Einkaufsparadiese in Mitte. Einkaufsparadiese? Oft passt Einkaufshalle besser. Denn bei den Neueröffnungen handelt es sich nicht um Paradiese, sondern um gigantische Einkaufsraumschiffe mit riesigen Parkplätzen.

So ein Raumschiff will 2007 gegenüber dem Gesundbrunnen-Center landen, mit einer Architektur, die das Center wie einen filigranen Schinkelbau wirken lässt. Planungsrechtliche Möglichkeiten den geplanten Bau zu verhindern, gibt es erstmal keine. Der Baunutzungsplan von 1958 sieht auf diesem Gelände großflächigen Einzelhandel vor. Es liegt nun in den Händen des Senats, ob er eine weitere Einkaufs-Raum-Base zulassen will. Doch auch sonst können Einkaufsraumschiffe in Mitte landen. Das gigantische Einkaufscenter Alexa am Alexanderplatz eröffnet nächstes Jahr. Es wurde gegen den Widerstand des Bezirks genehmigt und wird den kränkelden Rathauspassagen, die der städtischen WBM gehören, den Todesstoß versetzen.

Umso erfreulicher sind die Entwicklungen auf dem ehemaligen Schultheißareal an der Turmstraße. Unsere grüne Stadträtin konnte in zähen Verhandlungen erreichen, dass sich die neuen Geschäfte weitgehend in die historische Bebauung einfügen. Leider wird es den obli-



gatorischen Mega-Supermarkt geben, doch die faszinierende Industriearchitektur bleibt auch in Zukunft erlebbar.

Positive Nachrichten gibt es auch vom ehemaligen Paechbrotgelände. Die beantragte Art und Größe der Läden wurden vom Senat und Bezirk zunächst abgelehnt. Sie hätten für den Einzelhandel auf der Turmstraße den endgültigen Garaus bedeutet. Nach vielen Verhandlungen mit dem Investor steht der Umsetzung eines gebietsverträglichen Konzeptes nichts mehr im Wege.

Anders in der Arminiushalle in Moabit. Ebenfalls in öffentlichem Besitz (BEHALA) dümpelt sie ohne Konzept und ohne politische Unterstützung von Wirtschaftsstadtrat Lamprecht (CDU) vor sich hin. Das darf nicht länger so sein.

Wir wollen mit preiswerten Standmieten und einem frischen Marketingkonzept die Arminiushalle neu beleben. Ob unsere Einkaufsstraßen und historischen Markthallen eine Zukunft haben, entscheidet aber vor allem eins: Unser Einkaufsverhalten.

Sonne aufs Dach statt Rauch aus dem Schornstein



Fast 10 Millionen Euro bezahlt der Bezirk Mitte im Jahr für die Energieversorgung seiner Gebäude und Anlagen, fünfmal so viel wie für Pflege und Gestaltung aller Grünanlagen. Trotzdem ist es uns erst nach Jahren gelungen, das Bezirksamt zu einer energetischen Sanierung seiner Gebäude zu bewegen.

Im Jahr 2005 wurden in sämtlichen Schulen und Bibliotheken des Bezirks die Heizungen erneuert oder mit moderner Regelungstechnik optimiert. Das spart jährlich über eine Million Euro.

Leider gab es bei der Umsetzung des Energiesparvertrages viele Pannen auf Seiten des bezirklichen Gebäudemanagements, des Schulamtes und des beauftragten Unternehmens. Statt neue Heizkessel und hohe Einsparungen,

gab es frierende Kinder und verzweifelte Hausmeister. Keine Frage, so stümperhaft dürfen Energiesparmaßnahmen nicht mehr umgesetzt werden.

Kennen Sie ein bezirkseigenes Gebäude mit einer Solaranlage auf dem Dach? Nein? Kein Wunder, denn es gibt keins. Von CDU bis PDS ist den politisch Verantwortlichen die regenerative Energie suspekt. Als Baustadtrat Mittes verhinderte der jetzige Kultursenator Flierl (PDS) eine Solartankstelle für Elektroautos der damaligen Beweg - eine acht Meter hohe Stele auf dem Mittelstreifen der Karl-Marx-Allee. Er sah den Denkmalschutz der umliegenden Plattenbauten gefährdet. Und befürchtete, dass die Beweg dort heimlich Atomstrom verkaufen würde.

Das Angebot eines Investors, auf der Grundschule in der Wilhelmstraße eine Solaranlage zu errichten, wurde vom zuständigen CDU-Stadtrat Lamprecht abgelehnt. Eine Spende von damals 140.000 DM und eine kleine Demonstrationsanlage für die Schule waren ihm zu wenig Geld für das ungenutzte Schuldach. Kein Wunder, dass der Bezirk Mitte bei der Solardachbörse des Berliner Senates noch immer leer ausgeht.

Bündnis 90/Die Grünen machen Schluss mit einer Energiepolitik von gestern. Wir wollen alle Gebäude des Bezirksamts energetisch sanieren. Das schafft Arbeitsplätze, ist gut für den Klimaschutz und reduziert Mittes hohe Energierechnung.

Es grünt so grün, wenn Mittes Gärten blüh'n

Berlin ist eine grüne Stadt. Mitte ein grüner Bezirk. Und der Tiergarten ein Juwel. Doch so viel Grün macht Arbeit und kostet Geld. Inzwischen stellt der Senat den Bezirken aber nicht mal mehr die Hälfte des Geldes zur Verfügung, das sie nach seinen eigenen Berechnungen für Grünflächen benötigen.

Umso ärgerlicher, dass sich die Anlieger des Pariser Platzes nicht an den Kosten für „ihre“ intensiv gepflegten Vorgärten beteiligen wollen. Mehr Engagement zeigen die BewohnerInnen des Krausnickblocks. Sie übernehmen die Pflege des neuen kleinen Parks im Inneren ihres Wohnblocks ehrenamtlich. Eine solche „Grünpatenschaft“ ist beispielgebend. Sie hat uns veranlasst, die Neubaupläne der Heinrich-Böll-Stiftung abzulehnen, denn sie hätten die Parkfläche verkleinert.

Wer den Moabiter Werder vor und nach der vom Bund zu verantwortenden Neuanlage erlebt hat, wird uns recht geben: eine naturnahe Gestaltung und Pflege unserer Grünflächen ist überfällig. Es erhöht die Erholungsfunktion und spart Geld.

Aber problematisch sind nicht nur die geringen Finanzen, sondern auch das rücksichtslose Verhalten. Pinkelnde Männer, wilde Hunde, rücksichtslose Griller und



jede Menge Abfall. Allein für die Entsorgung des gesammelten Abfalls muss der Bezirk jährlich 200.000 Euro an die BSR bezahlen. Für die Pflege der öffentlichen Grünflächen in Mitte stehen dagegen weniger als 40 Cent pro Quadratmeter und Jahr zur Verfügung! Wir haben daher in der BVV einen Modellversuch für eine abfallfreie Grünfläche durchgesetzt. Doch die probeweise Entfernung der Abfallbehälter wurde von der Mehrheit des Bezirksamts verhindert. Auch das Ordnungsamt kann keine Rücksichtnahme in den Grünflächen durchsetzen. Mit 22 AußendienstmitarbeiterInnen ist es chronisch unterbesetzt. Und wenn das Ordnungsamt in den Grünanlagen auftaucht, dann werden Bußgelder meist für RadfahrerInnen ausgestellt, eine völlig falsche Prioritätensetzung.

Bündnis 90/Die Grünen kämpfen dafür, dass für die Pflege der Grünanlagen mehr Geld zur Verfügung steht und keinem die Freude an der Natur verdorben wird. Denn für viele ist ein Park der einzige Ort, an dem sie sich erholen können.

Eine gemeinsame Sprache finden - gemeinsam leben



Frau Merkel lädt zum Integrationsgipfel ein und Berlin verabschiedet ein Integrationskonzept, doch die wirkliche Integration findet in den Kitas und Schulen, auf den Sportplätzen, in den Projekten und Initiativen und in den Arbeitsstätten vor Ort statt. Das gilt auch für den Bezirk Mitte. Wie hoch der ehrenamtliche Anteil daran ist, zeigt der jährlich vergebene Integrationspreis der BVV.

Vom Dialog zwischen den christlichen und muslimischen Gemeinden in Moabit über die ehrenamtliche Sprachvermittlung durch jugendliche MigrantInnen, dem musikalisch untermalten Wahlauftritt von eingebürgerten jungen Erwachsenen, den Angeboten des Afrikahauses bis zum Sportverein, so vielfältig die Preisträger, so vielfältig die Integrationsarbeit im Bezirk.

Alle Parteien sind sich einig, dass Integration bei der Sprache anfangen muss.

35% aller SchulanfängerInnen in Mitte haben einen intensiven Deutschförderbedarf, keineswegs nur Kinder mit Migrationshintergrund. Das Bezirksamt Mitte hat daher ein Gesamtkonzept zur Sprachförderung beschlossen, das Kinder und Jugendliche, ihre Eltern und alle Institutionen wie Kindergarten, Schule, Ausbildungs- und Arbeitsstätte gleichermaßen berücksichtigen will.

Inzwischen bietet die Volkshochschule Mitte bis zu 400 Deutsch- und Alphabetisierungskurse an und führt auf hohem fachlichem Niveau die Lehrkräftequalifizierung für Deutsch als Zweitsprache durch. Auch in den Kitas wird das Sprachvermögen der Kinder noch intensiver und mit neuer didaktischer Ausrichtung geschult. Hinzukommen Projekte und Initiativen, die oftmals ehrenamtlich und mit viel Phantasie den Sprachdefiziten den Kampf angesagt haben. Einzig das Jobcenter Mitte tut sich noch schwer, fehlendes Sprachvermögen als ein entscheidendes Hindernis für Erfolg auf dem Arbeitsmarkt zu begreifen. Viel zu selten werden Sprachkurse im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen angeboten oder die Teilnahme daran zur Pflicht gemacht.

Doch nicht immer sind wir mit dem Bezirksamt und den anderen Parteien so einig wie in der Frage der Sprachförderung. Unseren heftigen Widerspruch erfuhr Bezirksbürgermeister Zeller, als er augen-

scheinlich zur Profilierung seines damaligen CDU-Landesvorsitzes wiederholt davon sprach, in Mitte gäbe es No-Go-Areas, in die sich nicht einmal die Polizei traue. Wir luden daraufhin den stellvertretenden Polizeichef von Mitte und den Leiter des Abschnitts 36 (Pankstraße) in die BVV ein. Diese erklärten öffentlich, dass die Polizei in allen Teilen des Bezirks und zu jeder Zeit Recht, Ordnung und Sicherheit durchsetzen könne. Auch der für den Soldiner Kiez zuständige Quartiersmanager widersprach der These Zellers entschieden. Durch die gute Zusammenarbeit mit der Polizei im Soldiner Kiez hätte sich die dortige Situation deutlich verbessert.

In enger Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement ist ein weiteres Integrationsprojekt entstanden, dessen Erhalt nach Auslaufen der ABM-Förderung ein wichtiges Ziel bündnisgrüner Bezirkspolitik ist. Das Team der sogenannten Integrationslotsen besteht aus Menschen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund. Diese beraten einerseits die Mitarbeite-

rInnen des Bezirksamts im Umgang mit den jeweiligen MigrantInnen. Andererseits suchen sie MigrantInnen auf, zu denen beispielsweise das Gesundheitsamt keinen Kontakt bekommt, obwohl medizinische Hilfe oder Beratung dringend notwendig erscheint. Sie bilden damit eine Brücke, über die Menschen, die von der deutschen Gesellschaft isoliert sind, und BehördenmitarbeiterInnen aufeinander zu gehen können. Denn bekanntermaßen ist der erste Schritt der Schwerste.

Natürlich ist der Bezirk Mitte trotz aller Projekte und trotz des Engagements von vielen noch weit davon entfernt, ein Integrationsparadies zu sein. Die hohe Arbeitslosigkeit, ein restriktives Aufenthaltsrecht, die Flucht in radikale Religiosität oder ins vollkommen Private machen so manche Integrationsbemühungen zunichte. Umso wichtiger, dass nicht nur auf der kommunalen Ebene klar ist: Integration ist eine wahre Gemeinschaftsaufgabe. Und Bündnis 90/Die Grünen verschließen nicht die Augen vor dieser Aufgabe.

In den Chor zum Abgesang auf die multikulturelle Gesellschaft werden wir nicht einstimmen. Denn allen Schreckensszenarien zum Trotz ist die reale Integration oft weiter, als es die Untergangsverkünder wahrhaben wollen. Nicht nur die vielen deutschen WM-Fahnen an türkischen, arabischen oder afrikanischen Geschäften, Autos und Wohnungen bezeugen dies auf eindrucksvolle Weise.

Viel Chaos – wenig Jobs!



Was macht Deutschlands größtes Jobcenter?

Fragen Sie lieber, was es nicht macht! Denn seit dem 1. Januar 2005 gab es wenig Erfolge und viele Pannen. Monatelang suchte die zuständige Arbeitsagentur geeignete Räume für das Jobcenter. Erst im August 2005 konnte das Jobcenter an seinem jetzigen Standort eröffnet werden.

Das Gebäude in der Sickingenstraße ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln schlecht zu erreichen, war früher ein Industriestandort, daher mit Umweltgiften verseucht, und musste erst aufwändig saniert werden. Doch die Sanierung war unvollständig. Unspezifische Erkrankungen bei den Beschäftigten machten ein Jahr später eine erneute Sanierung notwendig. Und der nächste Umbau kommt bestimmt. Bis heute gibt es in dem Gebäude keine Belüftungsanlage. In den stickigen Fluren kippen im Sommer immer wieder BesucherInnen bewusstlos um.

Die BVV beschloss daher auf bündnisgrüne Initiative, dass ein Lüftungseinbau erfolgen soll.

Auch die eigentliche Arbeit des Jobcenters weist viele Mängel auf: Eingliederungsvereinbarungen sind für fast alle ALG-II-BezieherInnen ein Fremdwort. Die Erfassung von beruflichen und sozialen Kompetenzen erfolgt per Kreuzchen in Feldern zwischen „Hervorragend“ und „Vorhanden“, von einer persönlichen Vorsprache wird gebeten abzusehen. Kein Wunder, denn zwei Drittel der MitarbeiterInnen des Jobcenters sind befristet eingestellt und wurden auf ihren Job nur in Kurzschulungen vorbereitet. Die Pannensoftware „A2LL“ macht mit ihren zahlreichen Abstürzen und Fehlern den MitarbeiterInnen das Leben zusätzlich schwer. Die Software stammt vom gleichen Firmenkonsortium, das schon die Autobahn-Maut ins Chaos gestürzt hat.

Ein Grund für diese chaotischen Zustände im Jobcenter ist die organisierte Verantwortungslosigkeit. Denn die Arbeitsagentur ist abhängig von den Weisungen aus Nürnberg. Arbeitsagentur und Bezirksamt blockieren sich in vielen wichtigen Fragen. Bis Anfang dieses Jahres durfte der Geschäftsführer des Jobcenters nicht einmal Bleistifte selbst bestellen.

Mit zahlreichen Initiativen haben wir versucht, Besserung herbeizuführen. Die Wartesituation im Jobcenter hat sich tat-

sächlich verbessert, aber viele BVV-Beschlüsse stehen bis jetzt nur auf dem Papier. Bereits im letzten Jahr beschloss die BVV, die alleinige Verantwortung für das Jobcenter dem Bezirk Mitte zu übertragen. Doch die PDS im Berliner Senat verhinderte, dass die Bezirke von dieser Möglichkeit Gebrauch machen können. Auch unsere Initiative, alle geförderten Jobs von ABM bis zum 1-Euro-Job im Internet zu veröffentlichen und im Jobcenter auszuhängen, sprich das detaillierte arbeitsmarktpolitische Programm des Jobcenters öffentlich zu machen, wurde bisher nicht umgesetzt. Immerhin erfüllt das Jobcenter unsere Forde-

rung, einen Schwerpunkt auf die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Arbeit und nicht in 1-Euro-Jobs zu legen.

Keine Frage: Die Arbeit des Jobcenters muss endlich politisch kontrolliert und bestimmt werden. Viele Menschen wollen nichts sehnlicher, als endlich (wieder) zu arbeiten.

Eine effektive, an sinnvollen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten orientierte Arbeit des Jobcenters zu garantieren, das ist sicherlich eines der wichtigsten Ziele bündnisgrüner Bezirkspolitik in den nächsten fünf Jahren.

Berufsberatung 2. Klasse im Jobcenter

Viel Ärger gab und gibt es bei der Berufsberatung von Jugendlichen, deren Eltern Arbeitslosengeld II (ALG-II) bekommen. Sie sollen automatisch in den „Regelungskreis“ des Jobcenters fallen. Nicht zuletzt auf bündnisgrüne Anfragen wurde öffentlicher Druck erzeugt und die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit stellte die Verteilung ihres umstrittenen Informationsblatts an den Berliner Schulen ein.

Danach sollten Jugendliche und junge Erwachsene, deren Eltern Leistungen nach ALG-II empfangen, im Gegensatz zu ihren Klassenkameraden ausschließlich in den Jobcentern beraten und betreut werden. Doch im Jobcenter verfügen die oftmals nur befristet beschäftigten MitarbeiterInnen nicht über die notwendige pädagogische oder psychologische Qualifikation, um Jugendliche im Berufswahlprozess professionell und zielgerichtet beraten und begleiten zu können.

Die Bundesagentur für Arbeit benutzt damit einen der schwächsten Teile der Gesellschaft zur eigenen betriebswirtschaftlichen Optimierung. Aufgrund der gesetzlichen Doppelzuständigkeit konnten wir das Jobcenter bisher nur verpflichten, alle ihm zugeordneten Jugendlichen darauf hinzuweisen, dass sie sich auch weiterhin bei der Bundesagentur informieren, beraten und betreuen lassen können. Aber damit geben wir uns nicht zufrieden!

Wo geht's denn hier zur Zukunft?



Verwaehrte Kinder, gleichgültige Eltern, resignierte Lehrer, fehlende Zukunftsperspektiven. Nicht nur im Bezirk Mitte steht die Jugendhilfe vor riesigen Aufgaben. Doch die Jugend(hilfe)politik in Mitte hat gute Voraussetzungen, erfolgreich zu sein. Durch die Anstrengung aller politischen Parteien ist das Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche trotz der Haushaltsnotlage vielfältig. Zahlreiche neue Spielplätze sind entstanden und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungen, die sie betreffen, ist festgeschrieben.

So pauschal, so gut. Doch der Verlust von Zukunft geschieht individuell. Und diesen Einzelschicksalen muss sich Jugendhilfepolitik stärker stellen. Die Schulen in Mitte haben längst einen festen

Ansprechpartner bei der Polizei, was eine zielgerichtete und verlässliche Hilfe erleichtert. Von diesem guten Beispiel der Zusammenarbeit ist die Jugendhilfe im Bezirk noch weit entfernt. Selbst regelmäßige Sprechstunden der JugendamtsmitarbeiterInnen in den Schulen werden bisher vom Bezirksamt verweigert. Stattdessen werden mit viel Aufwand Mega-Projekte betrieben, wie die geplante 3,5 Millionen Euro teure „vertiefte Berufsorientierung“ für 1.000 eher willkürlich ausgewählte SchülerInnen.

Solche Maßnahmen gehen an den vorrangig häuslichen Problemen von Kindern und ihren Eltern vorbei. Sie entlasten die zuständige Agentur für Arbeit zu Lasten des Landeshaushaltes aus ihrer finanziellen und personellen Pflicht.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich gegen diese Art der Jugendhilfe zur Wehr, trotz der angestrebten Vernetzung aller an der Jugendhilfe beteiligten Institutionen. Vernetzung ja, aber nicht mit dem Ziel, dass zukünftig alle für alles zuständig sind, jenseits ihrer rechtlichen, finanziellen und vor allem fachlichen Kompetenz. Das schafft nicht weniger Barrieren für die Betroffenen, sondern mehr Koordinierungsbürokratie.

Die Prioritäten der Jugendhilfe in Mitte müssen sich an den Problemen von Kindern und Jugendlichen orientieren. Und diese Probleme fangen fast ausnahmslos zu Hause an. Genau hier muss Jugendhilfe helfen - denn Kinder brauchen Zukunft.

Vergnügungscity Mitte oder wo bitte liegt Kleinkleckerdorf?

Immer wenn Interessen von BewohnerInnen mit denen von Kneipen- und Kulturinteressierten kollidieren, heißt es: „Berlin ist eine Großstadt und nicht Kleinkleckerdorf!“. Aber wer bitte kennt schon Kleinkleckerdorf und wie hat es bei der Pisa-Studie abgeschnitten?

Ein Modewort jüngster Zeit heißt: Urban. „Unter dem Schlagwort Urbanismus werden eine Reihe heterogener Konzepte der Urbanistik zusammengefasst, die jeweils versuchen, dem Phänomen ‚Stadt‘ als Ganzem Rechnung zu tragen“, weiß Wikipedia. Das heißt, die Interessen der BewohnerInnen werden genauso berücksichtigt, wie die der Kneipenbesitzer und -nutzerInnen.

Während die meisten Erwachsenen und Kinder gegen 22.00 Uhr in die Ruhephase des Tages eintreten, werden vergnügungsbedürftige MitbürgerInnen erst richtig wach. Pub Crawls, also geführte Kneipentouren, ziehen durch die Spandauer Vorstadt, reichen Partygänger bis früh um 4 Uhr in der Szene herum und entlassen sie feuchtfrohlich mit einem Becks in die nächtlichen Wohnstraßen.

Urbanes Wohnen im Konflikt mit urbanem Vergnügen! „Zieht doch an den Stadtrand“, entgegnen die selbsternannten



„Urbaniten“ auf solche Bedenken. Doch dieses Verhalten ist nicht urban, sondern unsozial. Wie kann also in Kneipenhochburgen wie der Spandauer Vorstadt das normale AnwohnerInnenleben gewährleistet und trotzdem kulturelle und gastronomische Vielfalt erhalten bleiben?

Der Bebauungsplan zur Sicherung der Wohnnutzung in der Spandauer Vorstadt gibt darauf eine Antwort: Als Maßstab für die Gaststättengenehmigungen gelten die prognostizierten Auswirkungen (z.B. Lärm) auf die Wohnbevölkerung. Damit sollen keine Kneipen verhindert, sondern ein entspanntes Miteinander unterschiedlicher Stadtnutzungen erleichtert werden. Doch die anderen Parteien haben die Umsetzung dieses Planes bisher verhindert.

„Urbane Politik“ heißt, nicht auf Verdrängung zu setzen, sondern städtisches Leben in seiner ganzen Vielfalt zu gewährleisten. Eine Aufgabe, der sich auch zukünftig bündnisgrüne Politik verpflichtet sieht.

Bezirkskultur hat Zukunft



Kulturangebote des Bezirkes sichern den Zugang zur Kultur durch ihre Nähe zu den BürgerInnen. Sie fördern eine spannende Auseinandersetzung mit kulturellen Entwicklungen und gesellschaftlich wichtigen Fragen. Bezirkskulturarbeit soll integrativ sein und sozialer Benachteiligung vorbeugen.

So klar wie diese Forderungen auf der Hand liegen, so wenig gab es zu Beginn der letzten Wahlperiode ein Konzept, wie diese Forderungen im heterogenen Bezirk Mitte aus den drei Altbezirken Mitte, Tiergarten und Wedding umzusetzen sind.

Wir Bündnisgrüne sind gemeinsam mit SPD und PDS einen neuen Weg gegangen: An einem Runden Tisch mit allen Beteiligten haben wir Leitlinien für die Kulturarbeit in Mitte entwickelt. Ziel war

nicht der Abbau, sondern der Umbau des Kulturangebots: Hin zu mehr sichtbarem Angebot mit weniger Aufwand an Verwaltung und Organisation, mehr Zusammenarbeit mit Freien Trägern, eine Steigerung des Angebots für Kinder und Jugendliche und eine besser an den Bedarf angepasste Verteilung der Angebote über den Gesamtbezirk.

Das Ergebnis: Der Bezirksteil Wedding verfügt mit der Otto-Nagel Galerie wieder über eine Bezirksгалerie und mit dem Atze-Kindertheater über ein hervorragendes Kinder- und Jugendtheaterangebot. In Tiergarten entstand mit der Wiedereröffnung der Galerie Nord ein neues kulturelles Zentrum. Auch dank des innovativen Konzeptes und des neuen Kurators, ergattert man sich bei Vernissagen nur mühsam einen Stehplatz.

Für aufregende Projekte kultureller Bildungsarbeit mit Kindern in Ganztagschulen konnten 30.000 Euro für Wedding und Tiergarten bereitgestellt werden. Am Koppenplatz und in der Auguststrasse in Mitte konnte aufgrund des verdichteten Nutzungskonzepts mit der Sanierung von Kultureinrichtungen begonnen werden, durch die neue kulturelle Angebote entstehen.

Veränderungen müssen weitergehen. Ein Runder Tisch muss die Ergebnisse kritisch bewerten und neue Ziele und Impulse für die Bezirkskulturarbeit erarbeiten. Wir Bündnisgrünen wollen dabei der Motor sein und Veränderung gestalten.

Es fährt ein Zug nach Nirgendwo

In unserem Bezirk steht der modernste Bahnhof Deutschlands. Nur hin kommt am besten zu Fuß. Vom Potsdamer Platz und vom Gesundbrunnen fahren nur Regionalzüge. Einzig die S-Bahn fährt den Bahnhof in Ost-West-Richtung direkt an. Die U-Bahn verliert sich irgendwo zwischen märkischem Sand und Berliner Grundwasser. Fahrräder bleiben besser im Handgepäck, denn Abstellen kann man sie nirgends. Taxis rangeln um die raren Plätze vor dem Haupteingang. Nur Autos sind willkommen, um für das Parken im DB-Parkhaus zwei Euro alle 15 Minuten zu bezahlen.

Bündnis 90/Die Grünen haben vor dem Verkehrschaos am Hauptbahnhof gewarnt und eine bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr gefordert. Aber sie kam nicht. Das Ergebnis ist, dass die Menschen in den anliegenden Straßen unter Lärm und schlechter Luft leiden.

Umso wütender macht uns, dass der Berliner Senat es trotz 10-jähriger Bauzeit nicht geschafft hat, den Bahnhof an das zwei Kilometer entfernte Straßennetz anzubinden. Und er wird es auch in nächster Zeit nicht schaffen. SPD und PDS bestehen auf Landesebene auf einer massiven Verbreiterung der Invalidenstraße in Zuge des Straßenbahnbaus.



Radspuren soll es nicht geben und der nördliche Bürgersteig soll in den Vorgärten des Naturkundemuseums umgeklappt werden. Gegen diese Verkehrspolitik gehen die AnwohnerInnen zu Recht und mit Erfolg auf die Barrikade. Mit Ausnahme der CDU folgen jetzt alle Parteien in Mitte dem Vorschlag der Bürgerinitiative. Sie will den Autos zugunsten von Rad- und Fußverkehr nur jeweils eine Fahrspur überlassen. Und sie ist juristisch gewappnet. Das erste Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Straße wurde eingestellt. Zeitverzögerung für die Straßenbahn zum Hauptbahnhof: mindestens zwei Jahre!

Bündnis 90/Die Grünen haben sich im Gegensatz zu anderen Parteien auf Bezirks- und Landesebene immer dafür eingesetzt, eine autofixierte Planung aufzugeben. Bisher leider meist vergeblich.

Mit der autofixierten Verkehrspolitik von gestern, lassen sich die Probleme von morgen nicht lösen. Sonst werden noch unsere Enkel zum Hauptbahnhof am besten zu Fuß gehen.

Wer hat Angst vorm blauen Mann?



„Wer Wahlen gewinnen will, der muss anfangen fürs Parken Geld zu nehmen“, so denken zumindest SPD und CDU. Mit ihren Stimmen wurde kurz vor der Sommerpause verhindert, dass die Parkraumbewirtschaftung in Mitte ausgedehnt wird. Das hat zur Folge, dass am neuen Hauptbahnhof weiterhin wild auf Bürgersteigen, Zufahrten, an Bushaltestellen, in der Zillesiedlung oder der Lehrter Straße geparkt wird. Das Parkhaus der Deutschen Bahn steht leer, weil es zu teuer ist, die AnwohnerInnen sind verzweifelt und das Ordnungsamt ist überfordert.

Dass Parkraumbewirtschaftung keine Abzocke sondern in vielen Gegenden verkehrlich und stadträumlich notwendig ist, haben die Erfahrun-

gen in der Spandauer Vorstadt gezeigt. Dort wurde vor der Parkraumbewirtschaftung jedes sechste Auto verkehrswidrig und verkehrsfährdend geparkt, nachdem es sich vorher ewig und laut durch die engen Straßen quälte. Kein Wunder, dass die AnwohnerInnen und Gewerbetreibenden trotz anfänglicher Skepsis nun die Parkraumbewirtschaftung unterstützen. Plötzlich gibt es Parkplätze für Kunden und nicht nur für Dauerparker, AnwohnerInnen finden abends manchmal einen Parkplatz direkt vorm Haus.

Detaillierte Gutachten haben belegt, dass auch in vielen anderen Gebieten in Mitte wie z.B. der Rosenthaler oder der Oranienburger Vorstadt eine Parkraumbewirtschaftung Vorteile für AnwohnerInnen und Gewerbetreibende bietet.

Zusätzlich ist sie für den Bezirk aufgrund der hohen Parknachfrage in der Innenstadt auch ein finanzieller Segen. Nach Abzug aller Ausgaben, bleiben dem Bezirk aus der vorhandenen Parkraumbewirtschaftung fast drei Millionen Euro. Mehr Geld als für die Pflege aller Grünanlagen in Mitte zur Verfügung steht. Wenn die Angst vor den WählerInnen bei den anderen Parteien nachgelassen hat, werden auch sie sich dieser Erkenntnis nicht mehr verschließen können.

Bündnis 90/Die Grünen streiten weiter für die Parkraumbewirtschaftung. Sie macht Parkplätze für alle frei und vermindert gefährliches Falschparken. Sie macht Bus, Bahn und Fahrrad attraktiver und stellt der Bezirkspolitik Geld für wichtige soziale oder ökologische Projekte zur Verfügung.

Bürgerbeteiligung statt „No-Go-Areas“

Berlin blickt auf sieben Jahre Erfahrung mit dem Quartiersmanagement zurück.

Im Bezirk Mitte wurden fünf Quartiersmanagementgebiete (QM) und zwei Stadtteilmanagementgebiete (StM) festgesetzt. In den QMs wohnen ca. 66.650 EinwohnerInnen, davon 35%-42% nicht deutscher Herkunft. Insgesamt leben knapp 28% der Bevölkerung unseres Bezirkes in sogenannten „sozial benachteiligten Stadtgebieten“.

In diesen Gebieten versuchen Politik und Verwaltung ein „Wir-Gefühl“ zu erzeugen, um damit eine eigenverantwortliche soziale und außenräumliche Verbesserung der Quartiere zu erreichen. Doch zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen gibt es oft sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, wer, was, wann und wo zu bestimmen hat.

Mitte hat als einziger Bezirk im Jahr 2005 das QM-Verfahren übernommen. Es ist eine große Aufgabe der Bezirkspolitik, in den QM-Gebieten Bereitschaft und Energie für positive Entwicklungen zu erzeugen.

Wie weit kann bzw. soll Bürgerbeteiligung gehen? Worüber dürfen BürgerInnen entscheiden? Bündnis 90/Die Grünen haben



zu diesen Fragen eine zweitägige Tagung organisiert und mit allen Beteiligten Anspruch und Wirklichkeit von BürgerInnenbeteiligung diskutiert.

Erstmals trafen sich die zuständigen MitarbeiterInnen der Verwaltung mit engagierten BürgerInnen (Quartiersräte) und diskutierten. Das Ergebnis war, dass die Entscheidungsbefugnisse und Entscheidungsebenen für die Quartiersräte erweitert wurden. Quartiersräte werden jetzt ernst genommen. Politik und Verwaltung haben gemerkt, dass BürgerInnen keine „unbekannten angsteinflößenden Wesen“ sind, sondern engagiert und kompetent mitgestalten, um aus Problemkiezen wieder lebenswerte Stadtquartiere zu machen.

„Selbst wenn Politik und Verwaltung glänzend wären, sie würden es allein nicht hinkriegen“ (Dr. Hassemer auf der bündnisgrünen QM-Tagung). In diesem Sinne werden sich Bündnis 90/Die Grünen auch zukünftig für die Gebiete und ihre BewohnerInnen einsetzen.

Kommt nach dem Auslaufen das große Weglaufen?



Der Bezirk Mitte hat fünf Sanierungsgebiete. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat angekündigt, diesen Status ab Ende 2007 „auslaufen“ zu lassen, das heißt ihn abzuschaffen.

Neben planungs- und grundstücksrechtlichen Aspekten haben festgesetzte Sanierungsgebiete für die BewohnerInnen und Gewerbetreibende drei Vorteile:

- eine kostenlose eigentümerunabhängige Mieterberatung
- umfassende Informationsmöglichkeiten (z.B. Sanierungszeitung)
- Bürgerbeteiligungsformen und -instrumentarien (z.B. Betroffenenräte).

Diese Vorteile fallen spätestens ein Jahr nach dem Ende des Sanierungsstatus-

ses weg. Eine kostenlose Mieterberatung wird weder finanzierbar noch rechtlich zulässig sein. Allerdings liegen einige Gebiete gleichzeitig in Quartiersmanagementgebieten. Hier kann auf deren Instrumentarien zurückgegriffen werden (z.B. Soldiner Straße, Beusselstraße).

Parteiübergreifende Bemühungen der BVV-Mitte, auch den Stephankiez in Tiergarten als Quartiersmanagementgebiet auszuweisen, sind bisher am Widerstand der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gescheitert.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass die BürgerInnen über ihre Kieze informiert und umfassend an Planungsprozessen beteiligt werden. Den gebietsbezogenen Sanierungszeitungen müssen andere Informationsmöglichkeiten folgen. Die bisherigen BürgerInnenbeteiligungsformen müssen in andere Beteiligungsstrukturen übergehen. Hier ist eine Zusammenarbeit zwischen Betroffenenräten, Verwaltung und Politik gefordert, um gemeinsam neue Instrumentarien der BürgerInnenbeteiligung einzusetzen.

Diskussionen zur Bildung von Kiezinitiativen, Interessengruppen und BürgerInnenvereinen müssen weitergeführt werden. Die bestehende BürgerInnenbeteiligung muss strukturell und finanziell abgesichert werden. Um dies alles umzusetzen gilt: „Grün macht den Unterschied“!

Hoffnung auf Wiedereröffnung des Sommerbades Poststadion

Im Jahr 2002 wurde das Sommerbad Poststadion geschlossen. Dabei besuchten jährlich 80.000 Menschen das Schwimmbad. Für Tiergarten und Moabit war es eine wichtige soziale Einrichtung. Vor allem Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen Familien hatten durch das Schwimmbad eine günstige Alternative zu teuren Urlaubsreisen. Doch weder Berliner Bäderbetriebe, Senat noch Bezirk konnten oder wollten die geschätzten 2,5 Millionen Euro für die notwendige Sanierung bezahlen .

Trotz 10.000 Unterschriften für den Erhalt des Schwimmbades sowie zahlreicher Aktivitäten der BürgerInneninitiative MOABIT GEHT BADEN und von Bündnis 90/Die Grünen konnte nur erreicht werden, dass das angrenzende Hallenbad im Sommer geöffnet bleibt und die Liegewiese genutzt werden kann.

Im Januar 2003 wurde das Grundstück des Sommerbades dann an den Liegenschaftsfonds übertragen, um es so schnell wie möglich zu verkaufen. Zum Glück bisher vergeblich.

Im Sommer 2005 beschloss die BVV-Mitte, auf bündnisgrünen Antrag prüfen zu lassen, ob Einnahmen aus dem Verkauf des Geländes des Stadions der Weltju-



gend an den Bundesnachrichtendienst (BND) zur Sanierung des Schwimmbades verwendet werden können. In Zusammenarbeit mit dem Senat soll das Grundstück vom Liegenschaftsfonds auf die Bäderbetriebe rückübertragen werden. EU-Fördermittel und Lotto-Mittel sollen für die Sanierung des Schwimmbades beantragt werden.

Um der Politik den BürgerInnenwillen unmissverständlich zu zeigen, haben Bürgerinitiative, SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf grüne Anregung Anfang Juli ein BürgerInnen-Begehren gestartet. Wenn innerhalb von 6 Monaten mehr als 6.000 Menschen das BürgerInnen-Begehren unterstützen, muss der Bezirk den Willen der BürgerInnen durchsetzen oder einen BürgerInnen-Entscheid durchführen.

Bündnis 90/Die Grünen sind sicher: Wenn wir schon den Verkauf des Geländes an der Chausseestraße an den BND nicht verhindern konnten, dann muss der Erlös genutzt werden, das Sommerbad zu sanieren und wieder zu eröffnen.

Ganztagsgrundschule in Mitte



Auf dem Weg zu echten Bildungschancen!

Immer mehr Kinder beginnen ihre Schullaufbahn mit erheblichen Defiziten. Vor allem im Bereich der Sprachkenntnisse, aber zunehmend auch im Bereich alltagspraktischer Fertigkeiten. Auf diese Probleme hat der Senat lange nicht reagiert. Im letzten Jahr wurden endlich Ganztagschulen eingeführt, deren Besuch bis auf das Mittagessen kostenlos ist.

In Abstimmung mit dem Senat wurden fünf Ganztagschulen in Tiergarten und Wedding in sozial schwierigen Kiezen mit besonders vielen Kindern aus bildungsfernen Familien eingerichtet. Notwendige Umbauarbeiten, wie Küchen, Mensen und Freizeitbereiche, konnten aus Bundesmitteln finanziert werden.

Doch der Senat hat sich für dieses Pro-

jekt nicht engagiert. Es gab kein Geld für die Realisierung der notwendigen Durchmischung von Lern- und Freizeitphasen, die gerade bildungsfernen Kindern zu mehr Konzentration verhelfen können. Es gab kein Geld, um Bildungs- und Kulturangebote zu schaffen, die die Defizite der Kinder in der Erfahrung und Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt beheben. Und kein Geld für eine verbesserte Ausstattung mit pädagogischem Spielzeug oder Freizeitgerät.

Stattdessen hat der Senat es geschafft, mit einem Berechnungstrick die Ganztagschulen bei der Zuteilung von Kontingenten für die Sonderförderung zu benachteiligen. Wir Bündnisgrünen haben darauf reagiert: Im Bezirk haben wir erreicht, dass das Kulturamt und die Musikschule den neuen Ganztagschulen Angebote für eine interessante Freizeitgestaltung machen. Den Senat hat die BVV-Mitte aufgrund unserer Initiative aufgefordert, die Berechnung der Sonderförderkontingente zu korrigieren und am wirklichen Bedarf auszurichten.

Ganztagschulen sind ein gutes Konzept, um Bildungsdefizite auszugleichen und Schule zu einem Lebens- und Lernort zu machen, der die Familien entlasten und die Kinder intensiv fördern kann.

Bildung und Ausbildung müssen Priorität haben, auch bei den Finanzen. Dafür werden wir Bündnisgrüne auf Landes- und auf Bezirksebene solange streiten, bis Bildungschancen gerecht verteilt sind.

Denk mal! - das Postfuhramt

Stadtentwicklung im Widerstreit unterschiedlicher Interessen, ein Senat, der immer wieder in die Kompetenz des Bezirkes Mitte eingreift, dafür steht das Postfuhramt exemplarisch.

Das Postfuhramt an der Oranienburger Straße ist eines der aufwändigsten Bürogebäude seiner Zeit. Es ist 1875 auf dem Gelände eines Postillionhauses erbaut worden. 2001 verkaufte es die Post für 15 Millionen Euro an einen Investor nach jahrelangem Leerstand und sporadischer Nutzung. Der Investor wollte die Hauptstadtrepräsentanz der Post und ein Vier-Sterne-Hotel mit 233 Zimmern entstehen lassen. Der Rat für Stadtentwicklung und wir Bündnisgrüne kritisierten dieses Projekt heftig. Die Kritik richtete sich gegen den unsensiblen Umgang mit dem Altbau, gegen Dominanz und Massivität des Neubaus, die Überbauung des Hofes sowie Verkehrsbelastung durch Erschließung und Tiefgarage. Das Baudenkmal wäre zu einer dekorativen Verkleidung und zum bloßen Werbeschild eines beliebigen Hotelneubaus verkommen.

Die Denkmalpflege und unsere Stadträtin verweigerten die Genehmigung. Darauf entzog der Senat dem Bezirk die Zuständigkeit und genehmigte das Bau-



projekt ohne jede Einschränkung. Der von uns angeregte Kompromiss bezüglich Gebäudehöhe des Hotelneubaus im Innenhof und dessen atriumsartige Überdachung kam nicht zustande. Das Postfuhramt stand zwei weitere Jahre leer. Die Investoren hatten offensichtlich erkannt, dass die genehmigte Planung unattraktiv und nicht finanzierbar war.

Das Postfuhramt wurde ein zweites Mal verkauft. Der neue Eigentümer setzt auf eine gemischte Nutzung mit Klein-Gewerbe und Wohnen. Ein guter Ansatz, wenn er nicht den historischen Hof vollständig überbauen wollte. Diesmal soll der Neubau den Altbau sogar um drei Geschosse überragen! Zur Zeit wird das Gebäude für Veranstaltungen zwischengennutzt, was wir begrüßen!

Denkmalgerechte Planungen, das zeigen nicht nur die Hackeschen Höfe, sind stadtentwicklungspolitisch am nachhaltigsten, und meistens auch die wirtschaftlich lukrativsten.

Verkehr? Aber sicher!



Immer weniger Menschen sterben in Berlin an den Folgen eines Verkehrsunfalls. Zum Glück auch in Mitte. Doch noch immer ist das Risiko für FußgängerIn oder RadfahrerIn im Straßenverkehr viermal höher als für Autofahrer. Besonders gefährdet sind die schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen: Kinder und ältere Menschen.

Die BVV-Mitte hat daher Zebrastreifen insbesondere vor Schulen und Kitas und mehr Tempo 30-Abschnitte gefordert. In der Lehrter Straße ist uns dies gelungen. Doch unsere Forderung für Tempo 30 rund um die Charité wurde vom Senat ignoriert. Leider trägt er für alle Straßen von übergeordneter Bedeutung die alleinige Verantwortung, wie auch für Ampeln. Trotzdem ist es gut, dass die BVV auf

unseren Vorschlag hin beschlossen hat,

- die Grünphasen für FußgängerInnen grundsätzlich zu verlängern,
- in Zusammenarbeit mit Senat und Verkehrslenkung bei Ampeln mit starkem Schüler- oder FußgängerInnenaufkommen die Grünphasen von FußgängerInnen und abbiegenden Fahrzeugen zu trennen und
- möglichst viele Ampeln mit einem „Rundum Grün“ auszustatten.

Abbiegende Fahrzeuge sind eine Hauptursache für Unfälle von FußgängerInnen. Rundum Grün senkt das Unfallrisiko deutlich. Zum grünen Sicherheitskonzept gehören auch bessere Bedingungen für den Radverkehr. Vor allem an großen Kreuzungen wie am Alexanderplatz fehlen sichere Wegeführungen für den Radverkehr. Und trotz grüner Verantwortung für dieses Ressort existieren noch viele benutzungspflichtige Radwege in schlechtem Zustand und voller Gefahren, während Radstreifen auf der Fahrbahn fehlen.

Auch das Radfahren durch die Grünanlagen ist im Bezirk nicht einheitlich geregelt. Priorität bei allen Maßnahmen muss die Sicherheit von RadfahrerInnen und FußgängerInnen gleichermaßen sein.

2/3 weniger Unfälle sind unser Ziel in Mitte. Die Blockadepolitik des Senates gegenüber mehr Verkehrssicherheit ist hinderlich. Aufhalten wird sie uns aber nicht. Das sind wir nicht nur unseren jüngsten und ältesten MitbürgerInnen schuldig!

David gegen Goliath

Der Kampf um den Erhalt von Wohnraum gleicht oft dem Kampf von David gegen Goliath. Auch wenn der Luisenblock inzwischen der Bundesregierung weichen musste, den Abrissgreifern am Wohnblock Leipziger Straße/Mauerstraße sind die Krallen stumpf geworden und auch der Lützowblock steht noch.

Ein Beispiel aus der Fehrbelliner Straße zeigt exemplarisch, wie unser politischer Einsatz erfolgreich MieterInneninteressen schützen konnte. Einem 22 Millionen EUR teuren Wohnprojekt waren einige AltmietlerInnen im Weg. Für die üblichen Entmietungsmethoden wie unter Druck setzen, Rauskaufen, Modernisierungsankündigungen mit Mietverdoppelung wurde ein bekannter „Spezialist“ eingesetzt, der auch bereits erste „Erfolge“ verzeichnen konnte.

Alle BVV-Fraktionen außer der bündnisgrünen signalisierten zunächst ihre prinzipielle Zustimmung zum Bauvorhaben. Erst die Intervention unserer Fraktion mit Verweis auf die Entmietungsmethoden und auf die fehlende Berücksichtigung der MieterInneninteressen führte dazu, dass sich der Investor gezwungen sah, seine Entmietungsmethoden einzustellen.



Innerhalb kürzester Zeit konnte der Investor überzeugt werden, auf alle Forderungen der bündnisgrünen Fraktion und der Verwaltung einzugehen.

Unter anderem wurden der Entmietungsspezialist abgezogen, bestehende Aufhebungsverträge und Modernisierungserklärungen rückgängig gemacht. Den MieterInnen wurde ein Rückkehrrecht in ihr Haus mit festgeschriebenen Anfangsmieten von 4,44 EURO/m² kalt auf fünf Jahre sowie die Zahlung der Mietdifferenz in der Umsetzwohnung zugesagt. Der Ausschluss von Eigenbedarfskündigungen und Kündigungen wegen besserer wirtschaftlicher Verwertbarkeit wurden vereinbart. Damit konnte auch unsere Fraktion dem Projekt mehrheitlich zustimmen.

Wo Vorhaben auf dem Rücken Wehrloser ausgegagen werden, muss verantwortungsvolle Politik intervenieren. Der Fall Fehrbelliner Straße zeigt, wie Investitionen und Mieterschutz zusammengebracht werden können. Für diese Politik stand und steht grüne Bezirkspolitik.

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Berlin-Mitte

Liebenwalder Straße 2, 13347 Berlin

Telefon: (0 30) 45 08 28 18

Fax: (0 30) 45 08 28 20

E-Mail: mitte@gruene-berlin.de

Internet: <http://www.gruene-berlin.de/mitte/>

AutorInnen: Frank Bertermann, Michael Böttrich,
Stephan von Dassel, Dorothee Dubrau,
Jutta Schauer-Oldenburg, Miriam Scheffler,
Dr. Frauke Stiller, Uschka Thierfelder

Redaktion: Stephan von Dassel (V.i.S.d.P.), Jörn Jaath

Layout: Jörn Jaath

Fotos: Michael Böttrich, Stephan von Dassel, Jörn Jaath,
SenStadt (S. 27), Jürgen Thierfelder

Druck Oktoberdruck, Berlin

© August 2006

